

Stand: 08.05.2026 12:07:55

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/4186

"Chancengleichheit für die Kleinsten - Konstruktive Beteiligung Bayerns an der Diskussion über bundesweite Minimalstandards in Kinderbildung und -betreuung"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/4186 vom 12.11.2014
2. Beschluss des Plenums 17/4221 vom 12.11.2014
3. Plenarprotokoll Nr. 29 vom 12.11.2014



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Angelika Weikert, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Nata-scha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayer** und Fraktion (SPD)

Chancengleichheit für die Kleinsten – Konstruktive Beteiligung Bayerns an der Diskussion über bundesweite Minimalstandards in Kinderbildung und -betreuung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Initiative der Bundesregierung, gemeinsam mit den Ländern, kommunalen Spitzen- und Trägerverbänden bundeseinheitliche Qualitätsziele für die Kinderbildung und -betreuung zu entwickeln, zu unterstützen.

Die Staatsregierung wird weiterhin aufgefordert, sich konstruktiv an den Gesprächen zu beteiligen und sich dafür einzusetzen, dass eine Vereinbarung zustande kommt, die zum Wohle der Kinder eine hohe Qualität der frühkindlichen Bildungsangebote im gesamten Bundesgebiet – gerade auch in Bayern – sichert.

Begründung:

Der quantitative Ausbau von Betreuungs- und Bildungsangeboten für Kinder unter drei Jahren ist dank der Einführung des Rechtsanspruchs in den letzten Jahren enorm vorangeschritten. Der Ausbau darf jedoch nicht zu Lasten der Qualität gehen. Mittlerweile besteht ein breiter gesellschaftlicher und wissenschaftlicher Konsens, dass die frühkindliche Bildung einen großen Einfluss auf die weitere (Bildungs-)Biographie von Menschen ausübt. Zu dieser einhelligen Meinung gelangten auch die am 6. November 2014 in Berlin zum Krippengipfel versammelten Fachminister und Fachministerinnen.

Es ist also essenziell, dass die Bildungsangebote für Kinder unter sechs Jahren eine hohe Qualität aufweisen. Leider hat die NUBBEK-Studie gezeigt, dass die pädagogische Qualität in den deutschen Kindertageseinrichtungen im Durchschnitt als nur mittelmäßig und bei einem nicht unerheblichen Anteil sogar als unzureichend einzustufen ist. Daher sind sich Fachleute darin einig, dass Minimalstandards definiert werden müssen.

Solche Standards hindern selbstverständlich kein Bundesland daran, eine noch bessere Qualität in der frühkindlichen Bildung anzustreben. Die ablehnende Haltung der Staatsregierung gegenüber den Bemühungen der Bundesregierung erklärt sich offensichtlich nicht durch den angeblichen Race-to-the-Bottom-Effekt solcher Standards. Vielmehr wäre die Staatsregierung dazu gezwungen, Maßnahmen gegen Defizite wie beispielsweise die dramatisch unterdurchschnittliche Fachkraftquote in bayerischen Kindertageseinrichtungen zu ergreifen oder Zeiten für Leitungsaufgaben und mittelbar pädagogische Tätigkeiten bei der Berechnung des Anstellungsschlüssels zu berücksichtigen. Denn in diesen Belangen ist der Freistaat nicht Spitze. Somit ist die Ablehnung einheitlicher Standards nicht durch das Ziel der Qualitätssicherung motiviert, sondern vielmehr als ein Sparprogramm der Staatsregierung zu verstehen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Angelika Weikert, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayer** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/4186

Chancengleichheit für die Kleinsten – Konstruktive Beteiligung Bayerns an der Diskussion über bundesweite Minimalstandards in Kinderbildung und -betreuung

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Kerstin Schreyer-Stäblein

Abg. Doris Rauscher

Abg. Prof. Dr. Michael Piazzolo

Abg. Christine Kamm

Staatsministerin Emilia Müller

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Joachim Unterländer u. a. und Fraktion (CSU)

Bildungshoheit der Länder verteidigen - keine bundesrechtlichen Vorgaben für die Kinderbetreuung (Drs. 17/4173)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Arif Tasdelen u. a. und Fraktion (SPD)

Chancengleichheit für die Kleinsten - Konstruktive Beteiligung Bayerns an der Diskussion über bundesweite Minimalstandards in Kinderbildung und -betreuung (Drs. 17/4186)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Schreyer-Stäblein. Bitte schön, Frau Kollegin.

Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In den letzten Tagen haben wir in der Presse entnommen, dass sich Frau Schwesig Gedanken darüber macht, wie sie in den Kindertagesstätten die Qualität steigern kann. Grundsätzlich freuen wir uns immer alle, wenn es um die Verbesserung der Qualität in den Kindertagesstätten geht. Frau Schwesig hat bereits im August in der "Bild am Sonntag" gesagt – ich zitiere:

In den letzten Jahren ging es ja vor allem um den Bau von Kita-Plätzen, weniger um die Qualität. Das möchte ich verändern.

Bravo, Frau Bundesministerin, wenn Sie nach dem Ausbau jetzt auch an die Qualität denken. In Bayern haben wir das andersherum gemacht und mit dem Ausbau gleich-

zeitig die Qualität gesichert. Ich glaube, dass es so herum geht. Unsere Kinder haben nicht nur Quantität, sondern auch Qualität verdient. Frau Bundesministerin, das haben wir in Bayern vorgelegt.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD)

– Ich antworte auf Ihren Zwischenruf sehr gerne. Der Bund hat uns ebenso wie allen anderen Bundesländern finanziell immer wieder sehr geholfen. Deshalb ist der Vergleich zwischen den Bundesländern sehr spannend. Ich darf die Bertelsmann-Studie zitieren, die sich alle Bundesländer angeschaut und die Mecklenburg-Vorpommern die schlechteste Qualität ganz Deutschlands attestiert hat. Insofern hat Frau Schwesig dort die Verantwortung getragen. Bravo! Daran möchte ich mir kein Beispiel nehmen.

Beim Ausbau braucht sich Bayern sowohl quantitativ als auch qualitativ nicht zu verstecken. Kein einziges Bundesland hat für Kinder unter drei Jahren so viel Geld aus den Landesmitteln für Betreuungsplätze ausgegeben. Bis Ende 2014 hat Bayern 1,38 Milliarden Euro ausgegeben, davon machen die Landesmittel 954 Millionen Euro aus. Das ist eine Riesensumme, die richtig und gut angelegt war. Wir haben den Vorteil, deutlich signalisieren zu können, wie viel Geld wir wirklich investieren.

Auch bei der Betriebskostenförderung haben wir intensiv draufgelegt. Von den Grundkosten der Kinderbetreuung tragen wir 52,7 %, während der Durchschnitt aller Flächenländer 39 % beträgt, also weit darunter liegt.

In Bayern gibt es im Kindergartenjahr 2013/2014 110.000 Plätze für Kinder unter drei Jahren. Das bedeutet, für 52 % der Kinder dieser Altersgruppe ist ein Betreuungsangebot vorhanden. Lange Zeit wurde die Frage gestellt: Was ist denn, wenn erst einmal der Rechtsanspruch gilt? In Bayern gibt es keine Klagewelle, weil wir das Betreuungsangebot sicherstellen. An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an die Kommunen, die das mit uns gemeinsam organisieren.

Wir in Bayern haben also unsere Hausaufgaben gemacht. Deswegen rentiert es sich schon, einmal einen Blick in die anderen Bundesländer zu werfen. Mir ist bewusst, dass der Anstellungsschlüssel nicht das allein Glückseligmachende ist; es geht ebenso um die Frage der Ausbildung und der Qualifizierung von Erziehern, es geht auch um die Arbeitsbedingungen.

Aber: Der Anstellungsschlüssel macht einen ganz wesentlichen Teil aus. Wie viele Kinder kommen denn auf wie viele Fachkräfte? Da muss man entsprechend vergleichen. Bei einem solchen Vergleich ist der Anstellungsschlüssel ein wichtiges Kriterium. Nach dem Statistischen Bundesamt hatten wir in Bayern 2012 und 2013 für Kinder von 0 bis 8 Jahren einen Schnitt von 4,3. Mecklenburg-Vorpommern hatte 2012 einen Schnitt von 8,0 und 2013 von 7,3. Das ist objektiv fast die doppelte Zahl an Kindern, die auf eine Erzieherin zukommt.

Unter Berücksichtigung all dessen weiß ich, ehrlich gesagt, nicht, warum Frau Schweig uns erklären will, wie Qualität in den Kitas ausschauen soll. Die Bertelsmann-Studie kommt – ich zitiere – zu folgendem Schluss:

Zu wenig Erzieherinnen in den Kitas: Qualität bleibt in der frühkindlichen Bildung in Mecklenburg-Vorpommern auf der Strecke. Die Personalschlüssel für Kitas in Mecklenburg-Vorpommern weichen teilweise erheblich von einem kindgerechten und pädagogisch sinnvollen Betreuungsverhältnis ab. In Mecklenburg-Vorpommern ist eine Erzieherin für nahezu doppelt so viele Kinder zuständig wie zum Beispiel in Bremen oder Baden-Württemberg.

(Zuruf von den GRÜNEN: Was versuchen Sie uns zu sagen?)

Wenn ich mir das alles anschau, dann weiß ich: In Mecklenburg-Vorpommern gibt es wirklich Nachholbedarf, und es gibt einzelne Bundesländer, die noch an der Qualität der Kinderbetreuung arbeiten müssen. Bayern gehört jedenfalls nicht dazu.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen Erzieherinnen und Erziehern bedanken, die mit viel Qualität, mit Liebe und für aus meiner Sicht zu wenig Geld ihre hervorragende Arbeit leisten. Deswegen finde ich es schon hanebüchen, so zu tun, als ob die Qualität nirgendwo gewährleistet wäre. Wir in Bayern gewährleisten Qualität. Zur Wahrheit gehört sicher auch dazu: Es darf immer alles besser werden, und dafür werden wir uns in Bayern auch einsetzen.

Bundeseinheitliche Regelungen würden dazu führen, dass wir Bürokratie aufbauen und mehr Verwaltungsakte generieren, was wiederum zu einem Ergebnis führt, das die Kindergärten nicht brauchen. Wir reden mit allen Trägern, mit Eltern, mit Verbänden. Wir versuchen, immer das Beste für unsere Kinder zu organisieren. Das machen wir gerne innerhalb Bayerns, dafür brauchen wir den Bund nicht.

Hätte Frau Schwesig ihre Hausaufgaben in ihrem Bundesland gemacht, stünden wir sicherlich nicht vor der Situation, uns belehren lassen zu müssen. Wenn alle Bundesländer so gut dastünden wie Bayern, dann wären wir sehr froh darüber.

Insofern freue mich auf die Ausführungen von Frau Rauscher. Ich habe in der Pressemitteilung der SPD gelesen, dass Bayern davon profitieren würde, wenn Berlin entsprechende Handlungen vollziehen würde. Hier bin ich sehr gespannt, wie das ausschauen soll.

Die SPD zitiert in der Begründung ihres Antrags auch die NUBBEK-Studie. Am vergangenen Montag waren in der Familienkommission die Fachleute anwesend, die diese Studie erstellt haben. Auf die Frage, was das für Bayern bedeutet, waren an vielen Stellen Antworten leider nicht möglich; denn in Bayern läuft es, ebenso wie in anderen Bundesländern, durchaus unterschiedlich. Deswegen bin ich, wie gesagt, sehr gespannt auf die Ausführungen. Wir brauchen keine Belehrungen aus Berlin, wir machen das einfach selber. Daher bitte ich darum, unseren Antrag zu unterstützen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Kollegin Schreyer-Stäblein. - Die nächste Rednerin ist die Kollegin Doris Rauscher. Bitte schön, Frau Rauscher.

(Beifall bei der SPD)

Doris Rauscher (SPD): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ja, es ist wahr, erst vergangenen Donnerstag, am 6. November 2014, gab es in Berlin ein Treffen aller Ministerinnen und Minister und Senatoren zur frühkindlichen Bildung. Denn die Jugend- und Familienministerkonferenz sowie die Ministerin Manuela Schwesig sehen Handlungsbedarf in der Qualitätsentwicklung der frühkindlichen Bildung, nur Bayern nicht.

Liebe CSU, die Ausgangslage in den Ländern ist höchst unterschiedlich. Jedes Land hat Stärken, jedes Land hat aber auch Entwicklungsbedarf - auch Bayern, Frau Kollegin. – Was war die Absicht dieses Treffens?

Erstes Ziel ist die Verabredung konkreter Ziele, die Sicherstellung und Weiterentwicklung der Qualität zwischen Bund und Ländern. Zweites Ziel: Alle an der Finanzierung Beteiligten sollen sich über ein System gesicherter Grundlagen und Erkenntnisse im Elementarbereich verständigen. Drittes Ziel: Alle Kinder in Deutschland sollen gleiche Bildungschancen erfahren. Das sichert ein Mindestmaß an Qualität. Außerdem soll es einen gemeinsamen verbindlichen Mindeststandard sowie einen Mindestrahmen geben.

Es geht nicht darum, die Bildungshoheit der Länder auszuhebeln. Empirische Studien, die bundesweit durchgeführt wurden, betreffen auch Bayern. Ihre Argumente, liebe CSU-Fraktion, sind aus meiner Sicht nur vorgeschoben. Es geht Ihnen in erster Linie darum, sich zu weigern, an der Qualitätsdebatte auf Bundesebene teilzunehmen. Und: In Bayern lebt man nicht auf der Insel der Glückseligen.

(Beifall bei der SPD)

Die Verhandlungen, die Verabredungen sind auf einen längerfristigen gemeinsamen Prozess angelegt, mit dem Ziel aller Beteiligten, ein hohes Maß an Qualität durch gemeinsame Standards und die solide Finanzierung dauerhaft sicherzustellen. Warum Bayern daran kein Interesse haben sollte, kann ich nicht nachvollziehen.

Es wurde kein Gesetz verabschiedet, sondern es wurde lediglich vereinbart, dass bis 2016 alle Bundesländer einen Zwischenbericht zu den Punkten eines gemeinsam vereinbarten Rahmens abgeben sollen. Doch die CSU reagiert reflexhaft, fährt sofort ihre Stacheln aus und fordert die Staatsregierung auf, sich gegen eine einheitliche Regelung für ein Mindestmaß an Standards einzusetzen.

Zur Klarstellung: Das Papier, das Kommuniké, ist eine amtliche Denkschrift – nicht mehr und nicht weniger. Da muss man nicht gleich Angst bekommen, liebe CSU. Die Bundesinitiative könnte man auch als Chance verstehen, und zwar als Chance, voneinander zu profitieren und zu lernen. Deshalb fordert die SPD eine konstruktive Beteiligung des Dialogs auf Bundesebene zur Entwicklung bundesweiter Mindeststandards in der frühkindlichen Bildung.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Frau Kollegin, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Schreyer-Stäblein?

Doris Rauscher (SPD): Im Anschluss, bitte. - Es gibt auch bei uns in Bayern, Frau Kollegin Schreyer-Stäblein, bekannte Probleme. Wir haben einen Fachkräftemangel. Es mangelt an Rahmenbedingungen, damit pädagogische Fachkräfte ihre Arbeit gut und auf qualitativ hohem Niveau ausführen können. Das liegt aber nicht an dem Willen der Fachkräfte; denn die Kenntnisse und die Fachkompetenz sind vorhanden. Aber es herrscht Personalmangel, und die Fachkraftquote ist niedrig. Frau Schreyer-Stäblein, hier liegt Bayern wirklich weit hinter anderen Bundesländern; die Fachkraftquote, also der Anteil von Erzieherinnen und Erziehern in den Kindertageseinrichtungen, ist in Bayern außergewöhnlich niedrig. In Bayern gibt es keine Freistellung von Leiterin-

nen, und wir haben insgesamt eine schlechte Erzieher-Kind-Relation zu verzeichnen. Das ist Fakt. Hierbei ist Bayern nicht an der Spitze.

Alle in der Erklärung der Familienministerkonferenz angeführten Punkte sind Qualitätskriterien, die meine Fraktion auch auf Landesebene bereits eingefordert hat. Deshalb unterstützen und beantragen wir eine aktive und konstruktive Beteiligung unserer Ministerin auf Bundesebene an diesem Prozess. Aber vielleicht ist auch genau dieser Punkt der Grund dafür, dass sich die CSU schwertut und ein Argument sucht, gegen die Chance zu wettern, gemeinsame Verabredungen zur Sicherstellung von Mindeststandards in der Kindertagesbetreuung zu treffen, und das trotz aller Empfehlungen von Experten, Verbänden und Ländervertretungen.

Übrigens: Diese Vereinbarungen vom vergangenen Donnerstag wurden einstimmig beschlossen, mit einer Enthaltung, und das war nicht Bayern. Ich weiß jetzt allerdings nicht, ob unsere Ministerin an der Konferenz teilgenommen hat oder ob eine Vertretung stimmberechtigt war. Aber zunächst einmal – das müssen Sie sich auf der Zunge zergehen lassen – wurde dieses Papier mit lediglich einer Enthaltung einstimmig, gemeinsam, als sinnvoll verabredet und beschlossen.

Ihre Haltung ist sehr verwunderlich, liebe CSU-Fraktion. Ich verstehe nicht, warum Sie reflexhaft bereits nach fünf Tagen mit einem Dringlichkeitsantrag dagegen wettern und Ihre Sorge ausdrücken müssen, dass die Autonomie der Bundesländer im Bereich der Bildungssysteme ausgehebelt werden könnte. Sie unterstützen mit Ihrer Haltung ein Sparprogramm zulasten der Kleinsten. Das macht die SPD-Fraktion nicht mit. Deswegen können wir Ihren Antrag nicht unterstützen und fordern Sie auf, sich zu öffnen und diesen Dialog auf Bundesebene gemeinsam weiterzuentwickeln und zu gestalten. - Ich bitte Sie um Unterstützung unseres Antrags und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Rauscher. Zu einer Zwischenbemerkung hat sich jetzt die Kollegin Schreyer-Stäblein gemeldet. Bitte sehr, Frau Kollegin.

Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Frau Rauscher, offensichtlich sind Sie nicht sonderlich gut informiert. Bayern war selbstverständlich bei diesem Gespräch dabei, und das wird auch in Zukunft so sein, weil es Bayern wichtig ist, über Qualität zu diskutieren. Die Frage ist nur: Wollen wir dazu eine bundeseinheitliche Regelung haben, so dass der Bund die Gesetze macht und dann entscheidet, was die Länder zu tun haben, oder machen es die Länder selber? Das ist ein wesentlicher Unterschied, und ich bitte darum, sehr darauf achtzugeben.

Ich weiß aber immer noch nicht – diese Frage haben Sie nicht beantwortet; vielleicht können Sie sie jetzt beantworten -, warum Frau Schwesig, wenn ihr das so wichtig ist, in der Studie auf dem letzten Platz ist. Wenn man sich einmal die einzelnen Zahlen anschaut, so ergibt sich für Mecklenburg-Vorpommern für Kinder ab drei Jahren ein Betreuungsschnitt von 14,9. Das müssten wir einmal in Bayern machen. Dann gäbe es hier im Haus eine Riesenparty, weil dann jeder von uns aufbegehren würde ohne Ende. - Sie haben gesagt, die deutschlandweiten Studien hätten auch Relevanz für Bayern. Ich bin ganz Ihrer Auffassung, wüsste nur gerne, von welcher Studie Sie sprechen und welche Relevanz sie für Bayern hat.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Kollegin. Bitte sehr, Frau Rauscher.

Doris Rauscher (SPD): Frau Kollegin, lenken Sie doch nicht von den Problemen vor unserer eigenen Haustür ab!

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Muss ich nicht!)

Ich weiß nicht, wann Sie das letzte Mal in einer Kindertageseinrichtung waren.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Letzte Woche!)

Ich war die letzten zehn Jahre als Trägerin zuständig und verantwortlich für einige Kindertageseinrichtungen hier in unserem Land. Die Realität sieht doch anders aus.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): 14,9!)

– Frau Schreyer-Stäblein, lassen Sie mich ausreden! Ich weiß nicht, ob wir die gleiche NUBBEK-Studie gelesen haben, und ich weiß auch nicht, ob wir die gleiche Bertelsmann-Studie gelesen haben.

Sie haben auf die hohen Investitionskosten und Gelder verwiesen, die Bayern im Bereich der Kindertageseinrichtungen ausgegeben hat. Damit mögen Sie recht haben. Nur, Bayern war auch einmal Schlusslicht und hatte die rote Laterne beim Ausbau der Kindertagesbetreuung.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Das habe ich nicht bestritten!)

Das ist mit ein Grund, warum hohe Investitionen nötig waren, um einigermaßen auf den Stand anderer Bundesländer zu kommen.

(Zuruf der Abgeordneten Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU))

Das hat noch nichts mit Qualitätsentwicklung zu tun. Wenn Sie der Meinung sind, dass die Qualität in Bayern so gut ist, dann gehen Sie hinaus, fragen Sie die Leitungen, die pädagogischen Fachkräfte. Sie leiden und legen täglich einen Spagat hin, weil sie nicht mehr wissen, wie die Kinder vor allem auch in den Randzeiten ausreichend betreut werden können, weil gerade im Krippenbereich der Anstellungsschlüssel nicht adäquat ist. Wir haben erst vor Kurzem im Plenum darüber debattiert und festgestellt, dass die gesunde emotionale Entwicklung der Kinder durchaus in Gefahr ist.

Ich möchte nochmals betonen: Wir reden hier nicht über die Verabschiedung eines Gesetzes, wir reden über eine gemeinsame Vereinbarung, die zunächst einmal getroffen wurde. Ich kann nicht verstehen, warum die, bundesweit betrachtet, kleine CSU aus einem Bundesland auf Landesebene gegen eine gemeinsame Vereinbarung aller

Bundesländer – Klammer auf, mit einer Enthaltung, Klammer zu – auf Bundesebene wettet, und dies mit einem Automatismus, warum Sie, nur weil ein Vorschlag und eine gute Initiative von einer SPD-Bundesministerin kommt, diese Initiative schlechtreden müssen und sich somit auf Bundesebene nicht für eine Chancengleichheit in der früh-kindlichen Bildung einsetzen möchten.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Kommen Sie bitte zum Schluss!

Doris Rauscher (SPD): Wir sehen über den Tellerrand, wir sehen auch über Bayern hinaus und halten die Initiative von Manuela Schwesig für außerordentlich gerechtfertigt und sinnvoll.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Kollegin Rauscher. - Unser nächster Redner ist Professor Dr. Piazzolo. Bitte sehr.

Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich brauche die fünf Minuten Redezeit wohl nicht auszuschöpfen; denn vorhin ist von der Kollegin Rauscher vieles schon richtig angemerkt worden. Aber mir schien zu Anfang etwas befremdlich. Wenn ich Frau Schreyer-Stäblein richtig verstanden habe, so hat sie eben zum CSU-Antrag gesagt, man habe die Vorschläge von Frau Schwesig und dass es eine entsprechende Konferenz gebe, aus der Presse erfahren. Auf der anderen Seite war doch Bayern, wenn ich das richtig verstanden habe, bei dieser Konferenz vertreten. Entweder hat also der Dialog zwischen Staatsministerium und Fraktion oder der Dialog innerhalb der Großen Koalition nicht ganz funktioniert.

Ich frage mich, ob es richtig ist, dieses Thema in dieser Form im Bayerischen Landtag zu behandeln, wenn Sie in Berlin in einer Großen Koalition sitzen und dort gemeinsam beschließen: Wir machen eine Kommission, alle Fachminister setzen sich zusammen und reden. Nun kommen wir über diese Schiene und wollen das Ergebnis dieses Pro-

zesses schon vorher feststellen. Das ist mir nicht ganz klar. Wir haben heute im Bereich der Energie auch über Dialogprozesse geredet. Ich halte sie grundsätzlich für sehr sinnvoll, aber ich halte es nicht für sinnvoll, schon von Anfang an zu sagen "In diese Richtung wollen wir gar nicht!", und das dann auch noch in der Öffentlichkeit oder in einem solchen Dringlichkeitsantrag.

Ich verstehe einerseits Sorgen um Qualitätsstandards. Das ist sicherlich ein richtiger Ansatz. Auf der anderen Seite bezweifle ich, dass Frau Schwesig und die Familienministerin wirklich Qualitätsstandards senken wollen. Das ist doch nirgendwo in der Diskussion. Die Idee ist doch vielmehr, wenn ich es richtig verstanden habe, gemeinsam Qualitätsstandards festzulegen, auf die man dann in Bayern auch draufsatteln kann. Das heißt, es geht um Mindeststandards. Diese Idee leuchtet mir – ich sage ganz offen: mir als Nichtexperten – ein. Mir leuchtet ein, dass man sagt, man wolle Mindeststandards haben, auch damit es leichter ist, von einem Bundesland ins andere zu wechseln. Dann ist doch für Bayern die Möglichkeit gegeben draufzusatteln, wenn es so ist, wie Sie sagen, dass Bayern einen höheren Qualitätsstandard hat.

Eine solche Kommission würde auch einmal die Möglichkeit eröffnen, unterschiedliche Zahlenkonstrukte und unterschiedliche Berechnungsweisen offenzulegen, sodass wir dann auch prüfen: Ist es denn wirklich so weit her mit den Qualitätsstandards in Bayern? Sind sie wirklich so viel besser, oder gibt es nur unterschiedliche Rechenmethoden? Insofern, glaube ich, ist es sehr sinnvoll, sich gemeinsam über Qualitätsstandards zu unterhalten.

Es ist auch sehr sinnvoll, dass Bayern teilnimmt. Zwar hat nicht die Fachministerin teilgenommen – sie hat im Moment sicher andere Themenkomplexe zu bearbeiten -, aber jemand aus dem Ministerium war dabei, soweit ich es auf dem versandten Bild erkennen konnte. Insofern rege ich an, diesen Prozess weiter intensiv zu verfolgen und sich nicht vorher festzulegen.

Zuletzt komme ich auf eine Frage des Stils zu sprechen. Mich hat die Schärfe der Pressemitteilung der CSU geärgert. Vielleicht muss man bei Pressemitteilungen manchmal ein bisschen draufhauen, damit man Gehör findet. Trotzdem stellt sich die Frage, wie man miteinander umgeht. – Weil wir den Antrag der SPD für sehr nachvollziehbar halten, werden wir ihm zustimmen; dem der CSU werden wir nicht zustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Piazolo. Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Letzte Woche haben sich die Länder und die Bundesebene endlich einmal zu einer Aussprache zum Thema Qualitätsstandards in Kindertagesstätten getroffen. Dabei haben sie ein relativ unverbindliches, schwaches Neun-Punkte-Papier verabschiedet. Sie schießen heute gegen diese dort getroffenen unverbindlichen, sachten Absprachen. Ich sehe, dass Sie an besseren Qualitätsstandards in den Kindertagesstätten wenig interessiert sind. Das hat mir zum einen Ihre Rede gezeigt, zum anderen die Ablehnung sämtlicher Anträge zum Thema Verbesserung der Qualität in den Kindertagesstätten, die von den Oppositionsfraktionen im Fachausschuss gestellt worden sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unsere Anträge wurden samt und sonders heruntergebügelt; insbesondere wurden die Anträge auf Verbesserung der Fachkräftequote abgelehnt. Nur mit besserer Qualifizierung der Fachkräfte, wie Sie sie vorschlagen, wird es freilich nicht getan sein.

Meine Kolleginnen und Kollegen von der CSU, Ihr Antrag weist keine Ansätze zur Verbesserung der Qualität auf, sondern erschöpft sich in sattsam bekannter Selbstzufriedenheit. Ihr Antrag bedeutet zudem eine Irreführung der Öffentlichkeit auf dreifache Art und Weise.

So wollen Sie suggerieren, dass das BayKiBiG ausreichend hohe Qualitätsstandards garantiert. Das ist jedoch überhaupt nicht der Fall. Andere Bundesländer streben eine Fachkraft-Kind-Quote von 1 : 4 für Unter-Dreijährige und von 1 : 10 für Über-Dreijährige an. Diese Verhältnisse liegen weit über den bayerischen, die 1 : 5,5 bzw. 1 : 11 betragen.

Einen weiteren Versuch der Irreführung der Bevölkerung unternehmen Sie mit Ihrer Falschaussage, dass die bundesrechtlichen Qualitätsvorgaben das in Bayern Erreichte gefährden könnten. Das ist natürlich falsch; denn bei den Bundesvereinbarungen handelt es sich um Mindeststandards, über die jedes Bundesland nach oben hinausgehen kann. Mindeststandards für eine gute Fachkraftquote wären durchaus sinnvoll. Das hat sogar Ihre Ausführung, Frau Schreyer-Stäblein, gezeigt, in der Sie sich mit den Verhältnissen in Mecklenburg-Vorpommern sehr genau beschäftigt haben. Eine gegenüber den Mindestvorgaben bessere Qualitätsausstattung ist in den Bundesländern weiterhin möglich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihr Antrag führt auch dadurch in die Irre, dass Sie suggerieren, hier würden Eingriffe in die Bildungshoheit der Länder geplant. Wir entgegnen: Wir haben durch die Kooperation von Bund und Ländern beim Ausbau der Kindertagesstätten sehr profitieren können. Wir sind für eine Aufhebung des Kooperationsverbots im Bildungsbereich und dafür, dass wir gemeinsam versuchen, bessere Standards auf Bundesebene zu vereinbaren. Bedauerlich ist jedoch, dass die Initiative von Frau Schwesig mit relativ geringen Mitteln des Bundesfinanzministers ausgestattet worden ist. Es wäre viel sinnvoller, sich dafür einzusetzen, dass diese Initiative nicht nur eine schöne Vision bleibt, sondern dass tatsächlich Mittel zur Verfügung stehen, um wesentlich mehr für die Qualität zu tun.

Frühkindliche Bildung ist der Schlüssel für eine gute Bildungsperspektive. Wer hier weiter sparen will, zahlt später doppelt und dreifach. Eine deutliche Verbesserung der

Qualität ist gerade auch bei der Fachkraftquote sinnvoll und anzustreben. Daher wollen wir ein Kindertagesstätten-Qualitätsgesetz. Dieses liegt freilich noch insbesondere aufgrund der Bremsversuche von CDU und CSU auf Bundesebene in weiter Ferne. Umso erfreulicher ist es, dass die Länder wenigstens bereit waren, über gemeinsame Standards zu reden. Wir sollten den Prozess vorantreiben und nicht von Anfang an ausbremsen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Kollegin Kamm. Ich gebe bekannt, dass zu beiden Anträgen namentliche Abstimmung beantragt ist.

Kolleginnen und Kollegen, ich unterbreche für kurze Zeit die Beratung.

(Zuruf von der CSU: Moment, die Ministerin!)

- Den Grund erkläre ich gerade. Ich unterbreche für kurze Zeit die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt. Weil die bayerische Öffentlichkeit offensichtlich ein großes Interesse an dem Ergebnis der letzten namentlichen Abstimmung hat und wir unaufhaltsam auf die Redaktionsschlüsse verschiedener Zeitungen zusteuern, komme ich zurück auf den Tagesordnungspunkt 4 und gebe das Ergebnis der hierzu vorher durchgeführten Schlussabstimmung in namentlicher Form bekannt. Mit Ja haben 92, mit Nein haben 63 Abgeordnete gestimmt. Ihrer Stimme enthalten haben sich keine Abgeordneten.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Das Gesetz ist damit so angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz zur Änderung der Bayerischen Bauordnung und des Gesetzes über die behördliche Organisation des Bauwesens, des Wohnungswesens und der Wasserwirtschaft".

Mit der Annahme des Gesetzentwurfs in der soeben beschlossenen Fassung haben die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/3415, 17/3416 und 17/3417 ihre Erledigung gefunden. Damit ist der Tagesordnungspunkt 4 erledigt.

Ich komme zurück zu Tagesordnungspunkt 7 und zur Beratung des ersten Dringlichkeitsantrags und darf nun die Frau Staatsministerin ans Redepult bitten. Bitte schön, Frau Müller.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Freistaat hat in den letzten Jahren massiv in den Kita-Ausbau investiert. Frau Kollegin Schreyer-Stäblein hat vorhin den Betrag von 1,38 Milliarden Euro an Landes- und Bundesmitteln erwähnt. Ich möchte mich bei den Kommunen bedanken, zu deren Aufgaben es gehört, für die Kinderbetreuung zuständig zu sein. Wir haben die Kommunen dabei unterstützt. Heute erreichen wir mit 110.000 Kita-Plätzen für die unter-Dreijährigen einen Deckungsgrad von 52 % bei den Ein- und Zweijährigen. Ich finde, hier ist in den letzten Jahren eine gewaltige Leistung vollbracht worden.

Die Verbesserung der Qualität und die Qualitätssicherung in der Kinderbetreuung bedeuten uns allen ein großes Anliegen. Sie ist für die Entwicklung der eigenen Persönlichkeit der Kinder wichtig und für die Entwicklung ihrer Interessen sowie ihrer Fähigkeiten dringend erforderlich. Deshalb erwarten die Eltern von uns Qualität und Zuverlässigkeit bei der Kinderbetreuung. Bayern bringt sich in den länderübergreifenden Gremien konstruktiv ein. Wir waren selbstverständlich in Berlin dabei, als die Bund-Länder-Diskussionen um die Qualität und um Qualitätssysteme stattfanden. Wir werden in der Arbeitsgruppe Qualität dabei sein und sind bereits in der Steuerungsrunde für das Bundesprogramm "Frühe Chancen – Schwerpunkt-Kitas Sprache & Integration" vertreten und haben uns für das Kommuniqué mit eingesetzt. Wir wollen, dass Qualität definiert wird.

Gleichzeitig muss ich aber sagen: Bundeseinheitliche oder sogar bundesgesetzliche Regelungen sind aus vielerlei Gründen abzulehnen. Ich will nicht, dass dieses Kommuniqué irgendwann in eine bundesgesetzliche Regelung mündet. Darüber habe ich auch mit Bundesministerin Schwesig diskutiert und es im Vorfeld besprochen. Ich kann nur sagen: Wehret den Anfängen. Wir haben auch schon anderes erlebt.

(Beifall bei der CSU)

Das Letzte, was wir brauchen können, ist eine Verständigung auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner. Die Länder haben eigene Qualitätssysteme entwickelt. In den Ländern gibt es eine Vielfalt von Qualitätssystemen. Über diese kann man nicht ohne Weiteres eine bundesweite Einheitshülle stülpen. Wir wollen auch hier keinen Zentralismus und keinen Eingriff in die Länderhoheit.

Bundeseinheitliche Regelungen bringen mehr Bürokratie mit sich. Die brauchen unsere pädagogischen Kräfte mit Sicherheit nicht. Wir haben im BayKiBiG hohe Qualitätsstandards gesetzt. Ich möchte nur einige Beispiele nennen: In Bayern haben wir unsere staatliche Förderung verpflichtend an Qualitätsvorgaben orientiert, die deutlich über denen anderer Länder liegen. Wir haben den förderrelevanten Anstellungsschlüssel im Jahr 2008 von 1 : 12,5 auf 1 : 11,5 und im Jahr 2012 von 1 : 11,5 auf 1 : 11 verbessert. Damit sind wir mit weitem Abstand vorne dran, weit vor Mecklenburg-Vorpommern, wie meine Kollegin Schreyer-Stäblein vorhin gesagt hat.

Wir haben die Finanzierung mit dem Bildungsfinanzierungsgesetz aufgestockt. Für Kinder unter drei Jahren stellen wir zusätzlich 30 Millionen Euro zur Verfügung. Das Finanzvolumen für Familienleistungen erreicht inzwischen insgesamt 3 Milliarden Euro. Ab 1. Januar 2015 werden wir bis zu 63 Millionen Euro für Qualitätsverbesserungen in der Kinderbetreuung bereitstellen. Die Kommunen sollen noch einmal den gleichen Betrag beisteuern. Das sind bis zu 126 Millionen Euro mehr, die den Kindern in Bayern zugutekommen.

Wir richten den Blick auf die pädagogischen Prozesse in den Einrichtungen. Nur den Personal-Kind-Schlüssel als Allheilmittel zu sehen, ist aus meiner Sicht zu einfach. Ich möchte auch nicht, dass der Personal-Kind-Schlüssel bundesweit festgelegt wird. Wir werden daher die Fachkräfte bei pädagogischen Fragestellungen gezielter unterstützen, insbesondere auch durch unseren Modellversuch zum Aufbau von Qualitätsnetzwerken. Pädagogische Qualitätsbegleiter sollen dabei den Fachkräften als Ansprechpartner zur Verfügung stehen und sie beraten und begleiten. Der Modellversuch ist zunächst auf vier Jahre ausgelegt. Der Freistaat finanziert hierfür bis zu 60 Qualitätsbegleiter. Sie sehen, dass wir unsere Hausaufgaben machen. Dazu brauchen wir keine bundeseinheitlichen Regelungen, die unsere Qualitätsstandards nicht verbessern, sondern verwässern. Bayern wird auch in Zukunft in seine Kinder, in den Ausbau und in die Qualität seiner Kinderbetreuung investieren.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Frau Staatsministerin, bleiben Sie bitte noch am Redepult. Ich sehe jetzt zwei Wortmeldungen zu einer Zwischenbemerkung. Die erste Meldung kommt von Frau Rauscher. Frau Rauscher, bitte schön.

Doris Rauscher (SPD): Ich wollte noch eine Zwischenbemerkung loswerden, Frau Ministerin; denn ich finde es schon ein bisschen irreführend, wenn jetzt von bundeseinheitlichen Regelungen gesprochen wird, die zu einer Einheitshülle oder einem Zentralismus führen würden. Dem ist doch nicht so. Es geht um ein Mindestmaß an Regelungen, ein Mindestmaß für einen erforderlichen Anstellungsschlüssel, ein Mindestmaß an erforderlichen Qualitätskriterien, ein Mindestmaß einer erforderlichen Fachkraftquote und um ein Mindestmaß für einen erforderlichen bedarfsgerechten Ausbau der Kindertagesbetreuung, bei der Bayern mit 28 % noch lange nicht bei dem Wert angekommen ist, den das Deutsche Jugendinstitut mit 42 % festgelegt hat. Mit dem Angebot ist der Bedarf weiter nach oben gegangen. Das heißt doch nicht, dass Bayern alles schlecht macht. Fühlen Sie sich doch nicht angegriffen!

Natürlich gibt es auch Bereiche, in denen Bayern anderen Ländern als Vorbild dienen kann. Es geht um den gemeinsamen Prozess und darum, gemeinsam für ein Mindestmaß an Qualitätsstandards zu sorgen. Luft nach oben besteht. Bayern kann bei der Qualitätsentwicklung und beim Ausbau der Kindertagesbetreuung besser als andere Bundesländer aktiv werden. Mir ist es schon wichtig, das noch einmal zu betonen.

Darum geht es auch Ministerin Schwesig nicht. Sie hat als Bundesministerin die Verantwortung dafür übernommen, sich gemeinsam mit den Landesministern inhaltlich auseinanderzusetzen und sich gemeinsam auf den Weg zu machen. Das darf man wirklich nicht kleinreden. Wenn man die Inhalte dieses Papiers genau durchgeht, sieht man: Es gibt auch Bereiche, in denen Bayern noch nicht Vorbild ist. Wenn Sie sich davon abkoppeln und eine Gegenposition einnehmen wollen, ist das nicht nachvollziehbar. Die Sonderstellung Bayerns finde ich aus diesem Anlass nicht angemessen. Das ist für mich nicht nachvollziehbar, zumal Sie auch immer betonen, dass Ihnen die Qualitätsentwicklung auch wichtig ist. Unser Anliegen ist, dass Sie sich als Ministerin in Bayern von dieser Entwicklung nicht abkoppeln.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Rauscher. Frau Staatsministerin, bitte.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Zunächst möchte ich betonen, dass wir nicht wollen, dass sich der Bund in unsere hoheitlichen Aufgaben einmischt. Wir haben ein föderales System und Gott sei Dank überall eine Vielfalt an Qualitätssystemen. Wir arbeiten aber gerne an den Qualitätsstandards mit, wenn man sie verbessern kann. Ich möchte nicht, dass uns einheitliche Standards übergestülpt werden. Ich möchte, dass wir in den Ländern selber darüber entscheiden können, wie die Qualitätsstandards ausschauen. Dabei sind wir ziemlich gut aufgestellt.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. Die nächste Zwischenbemerkung kommt von Frau Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Mir ist nicht verständlich, dass Sie durch die Formulierung von Qualitätsstandards und dieses Neun-Punkte-Programms irgendwo daran gehindert wären, in Bayern eine möglichst gute Qualität darzustellen. Das ist mir nicht verständlich. Ich stelle vielmehr fest, dass offenbar das Personal-Kind-Verhältnis in den bayerischen Kindertagesstätten nach Ihrer Meinung so bleiben soll, wie es derzeit ist. Trifft das zu? Gibt es hier keine Verbesserung?

Das Zweite: Nur mit Qualitätsverbesserern und Qualitätsberatern wird es nicht getan sein. Ich glaube, wir brauchen auch mehr Menschen.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Bitte schön, Frau Ministerin. –

(Unruhe)

Einen Moment noch, bitte. Kolleginnen und Kollegen, könnten Sie bitte wieder etwas ruhiger werden! Auch die Zwischenbemerkungen sollen die Aufmerksamkeit aller Kolleginnen und Kollegen bekommen. – Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Frau Kamm, wir haben in den letzten Jahren in Bayern den Anstellungsschlüssel verbessert. Das ist auch für die Zukunft nicht ausgeschlossen.

Zum zweiten Punkt: Wir investieren jetzt auch Geld in den Basiswert, um die Qualität zu verbessern. Das ist ebenfalls ein Ansatzpunkt. Ich möchte mir nicht – und da sage ich: Wehret den Anfängen – irgendetwas vom Bund überstülpen lassen, obwohl wir unsere Entscheidungen vor Ort eigenverantwortlich selber treffen können. Das ist mein Ziel. Ich kann nur sagen: Wir haben eine gute Qualität in unseren Kinderbetreuungseinrichtungen. Unsere Erzieherinnen machen eine gute Arbeit.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. Da die notwendige Frist nach Beantragung der namentlichen Abstimmungen noch nicht abgelau-

fen ist, werden wir die Abstimmungen nach dem nächsten Dringlichkeitsantrag durchführen.

(...)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich beginne mit dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 17/4173 betreffend "Bildungshoheit der Länder verteidigen – keine bundesrechtlichen Vorgaben für die Kinderbetreuung". Ich eröffne die namentliche Abstimmung. Es stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 18.34 bis 18.39 Uhr)

Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 18.40 bis 18.43 Uhr)

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Joachim Unterländer und anderer und Fraktion (CSU) betreffend "Bildungshoheit der Länder verteidigen – keine bundesrechtlichen Vorgaben für die Kinderbetreuung", Drucksache 17/4173, bekannt. Mit Ja haben 87, mit Nein haben 52 Abgeordnete gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Arif Tasdelen und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Chancengleichheit für die Kleinsten – Konstruktive Beteiligung Bayerns an der Diskussion über bundesweite Minimalstandards in Kinderbildung und -betreuung", Drucksache 17/4186, lautet: Mit Ja haben 51, mit Nein haben 87 Abgeordnete gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 12.11.2014 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Joachim Unterländer u. a. und Fraktion CSU; Bildungshoheit der Länder verteidigen - keine bundesrechtlichen Vorgaben für die Kinderbetreuung (Drucksache 17/4173)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X		Gehring Thomas			
Aigner Ilse	X			Gerlach Judith	X		
Aiwanger Hubert		X		Gibis Max	X		
Arnold Horst		X		Glauber Thorsten		X	
Aures Inge		X		Dr. Goppel Thomas	X		
				Gote Ulrike			
Bachhuber Martin	X			Gottstein Eva			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Güll Martin		X	
Bauer Volker	X			Güller Harald			
Baumgärtner Jürgen	X			Guttenberger Petra	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X						
Bause Margarete		X		Haderthauer Christine	X		
Beißwenger Eric	X			Häusler Johann		X	
Dr. Bernhard Otmar	X			Halbleib Volkmar			
Biedefeld Susann				Hanisch Joachim		X	
Blume Markus	X			Hartmann Ludwig		X	
Bocklet Reinhold	X			Heckner Ingrid	X		
Brannekämper Robert	X			Heike Jürgen W.	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X			Herold Hans	X		
Brückner Michael	X			Dr. Herrmann Florian	X		
von Brunn Florian		X		Herrmann Joachim	X		
Brunner Helmut				Dr. Herz Leopold		X	
				Hiersemann Alexandra		X	
Celina Kerstin				Hintersberger Johannes			
				Hofmann Michael	X		
Dettenhöfer Petra	X			Holetschek Klaus	X		
Dorow Alex	X			Dr. Hopp Gerhard	X		
Dünkel Norbert	X			Huber Erwin	X		
Dr. Dürr Sepp				Dr. Huber Marcel	X		
				Dr. Huber Martin	X		
Eck Gerhard	X			Huber Thomas	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute	X			Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Eisenreich Georg	X			Huml Melanie			
Fackler Wolfgang	X			Imhof Hermann	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen							
Fehlner Martina		X		Jörg Oliver	X		
Felbinger Günther							
Flierl Alexander	X			Kamm Christine		X	
Dr. Förster Linus		X		Kaniber Michaela	X		
Freller Karl	X			Karl Annette		X	
Füracker Albert	X			Kirchner Sandro	X		
				Knoblauch Günther			
Ganserer Markus		X		König Alexander	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X		Kohnen Natascha		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd	X		
Dr. Kränzlein Herbert			
Kraus Nikolaus		X	
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred			
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas		X	
Dr. Magerl Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter		X	
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia	X		
Müller Ruth		X	
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander		X	
Neumeyer Martin			
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena			
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris		X	
Dr. Reichhart Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans	X		
Ritter Florian			
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg			
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred	X		
Scharf Ulrike	X		
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz		X	
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga			
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald	X		
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd	X		
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia			
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold			
Ströbel Jürgen	X		
Dr. Strohmayr Simone			
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Untertländer Joachim			
Dr. Vetter Karl		X	
Vogel Steffen	X		
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika		X	
Dr. Wengert Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell			
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno		X	
Gesamtsumme	87	52	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 12.11.2014 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Arif Tasdelen u. a. und Fraktion SPD; Chancengleichheit für die Kleinsten - Konstruktive Beteiligung Bayerns an der Diskussion über bundesweite Minimalstandards in Kinderbildung und -betreuung (Drucksache 17/4186)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gehring Thomas			
Aigner Ilse		X		Gerlach Judith		X	
Aiwanger Hubert	X			Gibis Max		X	
Arnold Horst	X			Glauber Thorsten	X		
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas		X	
				Gote Ulrike			
Bachhuber Martin		X		Gottstein Eva			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Güll Martin	X		
Bauer Volker		X		Güller Harald			
Baumgärtner Jürgen		X		Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bause Margarete	X			Haderthauer Christine		X	
Beißwenger Eric		X		Häusler Johann	X		
Dr. Bernhard Otmar		X		Halbleib Volkmar			
Biedefeld Susann				Hanisch Joachim	X		
Blume Markus		X		Hartmann Ludwig	X		
Bocklet Reinhold		X		Heckner Ingrid		X	
Brannekämper Robert		X		Heike Jürgen W.		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Herold Hans		X	
Brückner Michael		X		Dr. Herrmann Florian		X	
von Brunn Florian	X			Herrmann Joachim		X	
Brunner Helmut				Dr. Herz Leopold	X		
				Hiersemann Alexandra	X		
Celina Kerstin				Hintersberger Johannes			
				Hofmann Michael		X	
Dettenhöfer Petra		X		Holetschek Klaus		X	
Dorow Alex		X		Dr. Hopp Gerhard		X	
Dünkel Norbert		X		Huber Erwin		X	
Dr. Dürr Sepp				Dr. Huber Marcel		X	
				Dr. Huber Martin		X	
Eck Gerhard		X		Huber Thomas		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Eisenreich Georg		X		Huml Melanie			
Fackler Wolfgang		X		Imhof Hermann		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen							
Fehlner Martina	X			Jörg Oliver		X	
Felbinger Günther							
Flierl Alexander		X		Kamm Christine	X		
Dr. Förster Linus	X			Kaniber Michaela		X	
Freller Karl		X		Karl Annette	X		
Füracker Albert		X		Kirchner Sandro		X	
				Knoblauch Günther			
Ganserer Markus	X			König Alexander		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert			
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred			
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin			
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg			
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold			
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone			
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim			
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	51	87	0